

Formationen bezeichnend ist, aufgezungen wird, so ist das tatsächlich eine Art „ideologische Gewalt“ der Ausbeuter über die Ausgebeuteten. Eine derartige „ideologische Gewalt“ tritt bei den verschiedenen Herrschaftsformen der Bourgeoisie unterschiedlich zutage: In der bürgerlich-demokratischen politischen Ordnung äußert sich diese Gewalt vor allem in der weiten Verbreitung der verschiedenartigen pseudowissenschaftlichen Ansichten und in der pseudowissenschaftlichen idealistischen Weltanschauung (die Gerichtsprozesse gegen die Kommunisten in den USA und in der BRD, die „Gesinnungskontrolle“ in einer Reihe von kapitalistischen Ländern usw.).

Beim Übergang zu terroristischen Methoden der Leitung, bei der Fasisierung der politischen Regimes in den kapitalistischen Ländern ergänzt die imperialistische Bourgeoisie die rein ideologischen Maßnahmen durch die Ausübung unmittelbarer politischer Gewalt, um die bürgerliche Weltanschauung durchzusetzen.

Was die imperialistischen Konzeptionen von einer angeblich vom Sowjetstaat ausgeübten „ideologischen Gewalt“ betrifft, so verbergen sich hinter ihnen bestimmte, weitreichende praktische Spekulationen: Es geht ihnen darum, den Einfluß der sozialistischen Ideologie zu unterhöheln und damit die politischen Grundlagen der Sowjetgesellschaft zu schwächen. Darüber schreibt offen der Vertreter der westdeutschen politischen antikommunistischen Ideologie Buchholz in der ebenfalls antikommunistischen Zeitschrift „Osteuropa“. Er knüpft seine vergeblichen Hoffnungen auf eine Restauration des Kapitalismus in der UdSSR daran, daß hier anstelle der Herrschaft des dialektischen Materialismus ein gewisser „geistiger Pluralismus“ entstehen könne. In diesem Falle, so meint Buchholz, werden parallel verschiedene „Glaubensbekenntnisse“ existie-

ren, so das materialistische, das positivistische und das religiöse. Somit würden auch „politische Veränderungen“ möglich — der Übergang zu den „westlichen politischen Formen“, d. h. eine Restauration des Kapitalismus.⁷ Das sind trügerische Hoffnungen der Ideologen des Imperialismus.

Der Prozeß der weiteren Demokratisierung des politischen Systems des Sozialismus, die Festigung der sozialistischen Staatlichkeit und die damit verbundene zunehmende Teilnahme der Öffentlichkeit an der Lösung aller staatlichen und gesellschaftlichen Angelegenheiten werden in der politischen Ideologie des modernen Antikommunismus ebenfalls entstellt interpretiert. In dieser Hinsicht zeichnen sich zwei Hauptrichtungen der imperialistischen „Kritik“ des politischen Systems des Sozialismus in der UdSSR ab.

Die erste Richtung: Die bürgerliche politische Theorie ist bestrebt, den gesetzmäßigen sozialen und politischen Prozeß der weiteren Demokratisierung des politischen Systems des Sozialismus mit der Begründung in Zweifel zu ziehen, daß das Vorhandensein einer „zentralen Staatsgewalt“ angeblich Diktatur, Totalitarismus bedeute und mit Freiheit und Demokratie grundsätzlich unvereinbar sei. Typisch dafür ist, daß der Sowjetstaat als „administrativer Staat“ dargestellt wird, in dem die breiten Massen angeblich von der Teilnahme an der Politik ferngehalten und alle Fragen ausschließlich auf administrativem Wege entschieden werden.⁸

Der verleumderische Charakter der Behauptung, daß die breiten Massen nicht an der Politik teilnehmen, wird durch die sozialistische Wirklichkeit überzeugend widerlegt: Allein die Sowjets umfassen über zwei Millio-

⁷ Vgl. *Osteuropa*, 1964, Nr. 10, S. 708 f.

⁸ vgl. beispielsweise A. Kassef, „The Administrated Society“, *World Politic*, 1964, Bd. XVI, Nr. 4.